

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Haushaltsausschuss

2.7.2007

PE 392.024v01-00

## ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-22

Entwurf eines Berichts

(PE 391.970v01-00)

**Kyösti Virrankoski**

Konzertierungsverfahren zum Entwurf des Haushaltsplans 2008 vor der ersten Lesung im Rat

Vorschlag für eine Empfehlung

Änderungsantrag von Reimer Böge

Änderungsantrag 1

Ziffer 3 a (neu)

- 3a.** *verweist darauf, dass sich die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 53c der Haushaltsordnung und Nummer 44 der IIV vom 17. Mai 2006, deren übergeordnetes Ziel die Gewährleistung einer effektiven und integrierten internen Kontrolle von Gemeinschaftsmitteln und nationalen Verwaltungserklärungen ist, verpflichtet haben, "auf der jeweils maßgeblichen nationalen Ebene eine jährliche Zusammenfassung der Kontrollen und Erklärungen zu erstellen"; weist darauf hin, dass den von der Kommission übermittelten Informationen zufolge bisher nur eine begrenzte Zahl von Mitgliedstaaten den Vorschriften der IIV nachgekommen ist; erinnert die Mitgliedstaaten an ihre Verpflichtung, den Vorschriften der Haushaltsordnung und der IIV nachzukommen; könnte die Nichteinhaltung als Verletzung der IIV ansehen und ist bereit, im Kontext des jährlichen Verfahrens 2008 von seinen Haushaltsbefugnissen Gebrauch zu machen;*

Or. en

Änderungsantrag von Salvador Garriga Polledo und Richard James Ashworth

Änderungsantrag 2  
Ziffer 6

6. verweist darauf, dass im VEH für 2008 unter der Obergrenze für Zahlungen **im MFR** eine Marge von 8.214 Mio. EUR verbleibt; ist der Auffassung, dass **die Ausführung des Haushaltsplans während des zweiten Jahres der Laufzeit des MFR verbessert werden sollte und dass ausreichende Zahlungsermächtigungen vorgesehen werden sollten; erkennt an, dass genaue Prognosen zur Haushaltsausführung von der Kommission erst in einem späteren Stadium des Verfahrens bereitgestellt werden können; fordert die Kommission auf, das Parlament kontinuierlich zu unterrichten, um den Beschluss über eine angemessene Gesamthöhe der Zahlungsermächtigungen im endgültigen Haushaltsplan 2008 im Vergleich zu den im VEH 2008 vorgeschlagenen Beträgen zu erleichtern**; unterstreicht die Rolle des vor kurzem eingeführten Frühwarnsystems für die Verbesserung der Haushaltsausführung; ist der Auffassung, dass höhere Zahlungen und niedrigere RAL eine Folge des Frühwarnsystems für die Haushaltsausführung sein sollten; fordert, dass der Rat den Rückgriff auf das Frühwarnsystem zur Verbesserung der Haushaltsausführung und damit zur Anhebung der Zahlungsermächtigungen unterstützt;

Or. en

Änderungsantrag von Salvador Garriga Polledo

Änderungsantrag 3  
Ziffer 7

7. stellt fest, dass die knappen Margen unter vielen Rubriken, wie sie im VEH 2008 und in der gegenwärtigen Finanzplanung für den Mehrjahresfinanzrahmen 2007 - 2013 vorgesehen sind, den Spielraum für eine Anpassung der Ausgaben entsprechend den sich entwickelnden Prioritäten der Haushaltsbehörde begrenzen **und es noch schwieriger gemacht haben, Vereinbarungen über die Finanzierung neuer Initiativen zu erzielen; unterstreicht, dass ehrgeizigere Beschlüsse der Haushaltsbehörde – z.B. der Rückgriff auf die Artikel unter Teil C der IIV – notwendig sein werden, um die Finanzierung wichtiger europäischer Vorhaben wie ETI und Galileo zu ermöglichen**; unterstreicht, dass ein „back-loading“ der Finanzrahmen von Mehrjahresprogrammen zu Schwierigkeiten bei der Finanzplanung im letzten Teil des MFR führen kann; fordert, dass die Kommission und der Rat ihre Standpunkte dazu darlegen;

Or. en

Änderungsantrag von Helga Trüpel

Änderungsantrag 4  
Ziffer 7

7. stellt fest, dass die knappen Margen unter vielen Rubriken, wie sie im VEH 2008 und in der gegenwärtigen Finanzplanung für den Mehrjahresfinanzrahmen 2007-2013 vorgesehen sind, den Spielraum für eine Anpassung der Ausgaben entsprechend den sich entwickelnden Prioritäten der Haushaltsbehörde begrenzen; unterstreicht, dass ein „back-loading“ der Finanzrahmen von Mehrjahresprogrammen zu Schwierigkeiten bei der Finanzplanung im letzten Teil des MFR führen kann; (**Rest entfällt**)

Or. en

Änderungsantrag von Helga Trüpel

Änderungsantrag 5  
Ziffer 8

8. unterstreicht die Bedeutung der **Abschaffung einer** eigenständigen Teilrubrik für marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen (**Streichung**); wird die Entwicklung der Marge unter Rubrik 2 im Verlauf des MFR 2007 - 2013 weiterhin überwachen **und bei der Prüfung von Abänderungen den im Jahre 2002 vereinbarten Reformen, der erwarteten schrittweisen Abschaffung der Ausfuhrerstattungen und der drastischen Kürzung der Mittel für die ländliche Entwicklung Rechnung tragen**;

Or. en

Änderungsantrag von Kyösti Virrankoski

Änderungsantrag 6  
Ziffer 8

8. unterstreicht die Bedeutung der **Beträge** für marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen innerhalb der Rubrik 2 in Anhang I der IIV vom 17. Mai 2006; ist der Auffassung, dass **diese Beträge** nicht durch die Modulierung eines Teils der Agrarausgaben infrage gestellt werden **sollten**; fordert, dass die Kommission **die Beträge für die marktbezogenen Ausgaben und die Direktzahlungen** klarer präsentiert als im VEH 2008; wird die Entwicklung der Marge unter Rubrik 2 im Verlauf des MFR 2007 - 2013 weiterhin überwachen;

Or. en

Änderungsantrag von Jutta Haug

Änderungsantrag 7  
Ziffer 8

8. unterstreicht die Bedeutung der **Marge unter der Rubrik 2 für die Bereitstellung ausreichender Mittel für alle notwendigen Ausgaben für im Rahmen der Mitentscheidung beschlossene Programme wie LIFE+ und die ländliche Entwicklung sowie die Ausgaben im Rahmen der GAP**; ist der Auffassung, dass die Integrität **der** Teilrubrik nicht durch die Modulierung eines Teils der Agrarausgaben infrage gestellt werden sollte; fordert, dass die Kommission diese Teilrubrik klarer präsentiert als im VEH 2008; wird die Entwicklung der Marge unter Rubrik 2 im Verlauf des MFR 2007-2013 weiterhin überwachen;

Or. en

Änderungsantrag von Jan Mulder

Änderungsantrag 8  
Ziffer 9

9. ist besorgt darüber, dass einige der Maßnahmen, mit denen eine „Vereinfachung“ bei der Organisation und der Verwaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angestrebt wird, möglicherweise nicht die erwarteten Ergebnisse bringen; spricht ferner die Frage von Maßnahmen der Cross-compliance und der Belastung an, die sie möglicherweise dem Agrarsektor auferlegen; begrüßt die jüngsten Bemühungen der Kommission um Förderung des Einsatzes von Biokraftstoffen in der EU; fordert vom Rat im Kontext der Vorbereitung des Haushaltsplans 2008 weitere Informationen über seinen Ansatz bei diesen drei spezifischen Fragen; **fordert die Kommission mit Nachdruck auf, Vorschläge zur Finanzierung von Maßnahmen in Verbindung mit Ausbrüchen von Tierseuchen auf der Grundlage der Ergebnisse vorzulegen, die im Rahmen einer Vorstudie zur praktischen Durchführbarkeit von Systemen der Kostenteilung (Pilotprojekt „Modell der Risikofinanzierung für Tierseuchen“) gewonnen wurden, und darin Finanzierungsoptionen für Tierseuchen darzulegen;**

Or. en

Änderungsantrag von Helga Trüpel

Änderungsantrag 9  
Ziffer 9

9. ist besorgt darüber, dass einige der Maßnahmen, mit denen eine „Vereinfachung“ bei der Organisation und der Verwaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angestrebt wird, möglicherweise nicht die erwarteten Ergebnisse bringen; spricht

ferner die **Bedeutung einer effektiven und effizienten Durchführung** von Maßnahmen der Cross-compliance (**Streichung**) an (**Streichung**); fordert vom Rat im Kontext der Vorbereitung des Haushaltsplans 2008 weitere Informationen über seinen Ansatz bei diesen (**Streichung**) spezifischen Fragen;

Or. en

Änderungsantrag von Salvador Garriga Polledo, Richard James Ashworth

Änderungsantrag 10  
Ziffer 11

11. stellt fest, dass im VEH 2008 für den GASP-Haushalt ein Betrag von 199,9 Mio. EUR an Verpflichtungsermächtigungen gefordert wird im Vergleich zu einem Betrag von 159,2 Mio. EUR im Jahre 2007; unterstreicht die Bedeutung anhaltender Bemühungen um eine Verbesserung der Transparenz sowie der im Vorfeld erfolgenden Kommunikation und Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, wobei auf den Fortschritten aufzubauen ist, die im Kontext der Haushaltskonzertierung während der zweiten Lesung im November 2006 erzielt wurden, sowie der Arbeit der Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007; wird **der Art der zu finanzierenden Ausgaben und Aktionen Rechnung tragen, um** im Zuge der Vorbereitung der ersten Lesung des Parlaments zum Haushaltsplan 2008 (**Streichung**) die angemessene Höhe an Mitteln in diesem Bereich **festzulegen**, und würde eine möglichst umfassende Unterrichtung durch den Rat über den künftigen Haushaltsbedarf begrüßen; **fordert, dass der Rat das Parlament zu einem zukunftsorientierten Dokument konsultiert, das gemäß Nummer 43 der IIV bis zum 15. Juni für das laufende Jahr zu übermitteln ist;**

Or. en

Änderungsantrag von Jutta Haug

Änderungsantrag 11  
Ziffer 12

**entfällt**

Or. en

Änderungsantrag von Salvador Garriga Polledo

Änderungsantrag 12  
Ziffer 12

12. nimmt die Trilog-Sitzung vom Dienstag, 19. Juni, und die Schritte zur Kenntnis, die in Richtung auf die Festlegung eines möglichen Ansatzes für die Finanzierung des Europäischen Technologie-Instituts (ETI) ergriffen wurden, **sowie Ziffer 35 der Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 21./22. Juni, die eine Verpflichtung enthält, vor Ende des Jahres angemessene Finanzmittel bereitzustellen; erinnert den Rat daran, dass das Parlament bereit ist, über die Finanzierung des ETI unter der Voraussetzung zu verhandeln, dass die Vorschriften der IIV und die Vorrechte des Parlaments im Bereich des Haushalts geachtet werden;**

Or. en

Änderungsantrag von Helga Trüpel

Änderungsantrag 13  
Ziffer 12

12. nimmt die Trilog-Sitzung vom Dienstag, 19. Juni, und die **immer noch unzureichenden** Schritte zur Kenntnis, die in Richtung auf die Festlegung eines möglichen Ansatzes für die Finanzierung des Europäischen Technologie-Instituts (ETI) ergriffen wurden; **erwartet die Abstimmung des Parlaments über die gewünschte Struktur, die Aufgaben und die Zahl der Wissens- und Innovationsgemeinschaften (WIG) und die Höhe der beantragten Direktfinanzierung aus dem Haushalt der EU;** fordert, dass die tatsächlichen Verwaltungskosten des ETI aus Rubrik 5 des MFR finanziert werden; **weist darauf hin, dass die Startphase und die Effektivität der WIG ohne eine angemessene Kernfinanzierung aus dem EU-Haushalt ernsthaft behindert werden;**

Or. en

Änderungsantrag von Jutta Haug

Änderungsantrag 14  
Ziffer 12 a (neu)

- 12a. **nimmt die in der Trilog-Sitzung von Dienstag, 9. Juni 2007, unternommenen Bemühungen und die erörterten Optionen für einen möglichen Ansatz zur Finanzierung des ETI zur Kenntnis; verweist ferner darauf, dass der „gemeinsame Ansatz“ – Abzug von Mitteln aus der Rubrik 2 des MFR zur Finanzierung des ETI – weder die Unterstützung des Europäischen Parlaments noch die des Rates**

*erhalten hat; hält eine Verteilung der Finanzmittel für das ETI über mehr als eine Rubrik für unangemessen; regt deshalb an, sämtliche Möglichkeiten der IIV vom 17. Mai 2006 – einschließlich deren Nummer 47 – weiter zu sondieren, nachdem die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen neuen Finanzbogen für das ETI vorgelegt hat;*

Or. en

Änderungsantrag von Silvana Koch-Mehrin

Änderungsantrag 15  
Ziffer 13

13. *vertritt* mit Blick auf die **(Streichung)** Herausforderungen **(Streichung)**, die sich bei der Finanzierung des Projekts Galileo stellen **die Auffassung, dass die Finanzierung über die Europäische Raumfahrtagentur bereitgestellt werden sollte**; erwartet mit großem Interesse neue Vorschläge der Kommission und erwartet seine umfassende Einbeziehung in die nächsten Stufen der Debatte über die Finanzierung von Galileo;

Or. en

Änderungsantrag von Salvador Garriga Polledo und Richard James Ashworth

Änderungsantrag 16  
Ziffer 17

17. begrüßt das von den Dienststellen der Kommission im Anschluss an die vom Parlament in den Haushaltsverhandlungen 2007 erhobenen Forderungen durchgeführte Screening **als ersten Schritt in Richtung auf eine Bewertung des Personalbedarfs; erinnert an die Verpflichtung der Kommission, rechtzeitig genaue Informationen über das beabsichtigte Outsourcing der Verwaltung von Programmen, insbesondere im Bereich der Forschung, bereitzustellen; fordert eine detailliertere Aufschlüsselung nach Generaldirektionen oder Funktionsgruppen innerhalb der Generaldirektionen sowie** weitere Informationen über einen ehrgeizigeren Umfang der Personalumschichtung in den kommenden Jahren **und über die Quote der unbesetzten Stellen; fordert den Rat auf, sich dem Parlament bei diesem Bemühen anzuschließen und eine gemeinsame Reaktion** auf das von der Kommission durchgeführte Screening **anzustreben**;

Or. en

Änderungsantrag von Jutta Haug

Änderungsantrag 17  
Ziffer 18

*entfällt*

Or. en

Änderungsantrag von Salvador Garriga Polledo und Richard James Ashworth

Änderungsantrag 18  
Ziffer 18

18. fordert im Hinblick auf die dezentralen Agenturen und Exekutivagenturen, dass die Kommission eine umfassende und klare Präsentation des tatsächlichen Personalbestands in sämtlichen dieser Einrichtungen liefert, einschließlich aller auf Dauer beschäftigten Bediensteten, auf Zeit beschäftigten Bediensteten und Vertragsbediensteten; **verweist auf den in Ziffer 41 seiner Entschließung vom 8. Juni 2005 zu den politischen Herausforderungen und Haushaltsmitteln der erweiterten Union<sup>1</sup> bekundeten Wunsch, bei den Verwaltungsausgaben der Agenturen eine Zweckbindung vorzunehmen;** ist der Auffassung, dass die tatsächlichen Verwaltungskosten im VEH klar dargelegt werden und unter der Rubrik 5 „Verwaltung“ ausgewiesen werden sollten; **ist bereit, sich mit dem Rat über einen horizontalen Rahmen für das Statut der Regulierungsagenturen zu einigen;** verweist darauf, dass eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse von grundlegender Bedeutung ist, ehe die Errichtung einer neuen Exekutivagentur vereinbart werden kann; ist der Auffassung, dass ein „Ausgleichssatz“ festgelegt werden sollte, um Leitlinien für die Zahl der Stellen festzulegen, die in der „Mutter“-Generaldirektion gestrichen werden sollten, wenn eine Exekutivagentur geschaffen wird, die Aufgaben wahrnehmen soll, welche ursprünglich in die Verantwortung dieser betreffenden Generaldirektion fielen, und dass dies ein Element eines revidierten Verhaltenskodex zu den Exekutivagenturen bilden könnte;

Or. en

Änderungsantrag von Jutta Haug

Änderungsantrag 19  
Ziffer 18 a (neu)

- 18a. begrüßt die Bemühungen der Kommission um mehr Transparenz durch Vorlage des Arbeitsdokuments Teil IV zum VEH 2008 „Von den Gemeinschaften geschaffene Einrichtungen, die mit Rechtspersönlichkeiten ausgestattet sind“; fordert die**

---

<sup>1</sup> ABL C 124 E vom 25.5.2006, S. 373

***Kommission auf, diese Arbeit während des laufenden Verfahrens fortzusetzen;***

Or. en

Änderungsantrag von Catherine Guy-Quint

Änderungsantrag 20

Ziffer 19

19. ***unterstreicht, dass Mittel für vorbereitende Maßnahmen (VM) und Pilotprojekte (PP) dem Parlament die Gelegenheit geben sollen, Legislativvorschläge zu initiieren;*** bedauert, dass die bereits engen Margen in einigen Rubriken somit den Handlungsspielraum des Parlaments – ***insbesondere was die Mittel für PP und VM betrifft*** - einschränken; verweist darauf, dass in der IIV vom 17. Mai 2006 eine erste Debatte über die PP und VM in der Konzertierungssitzung während der ersten Lesung im Rat vorgesehen ist; weist darauf hin, dass das Parlament alle erdenklichen Bemühungen unternehmen wird, um sich konstruktiv in eine solche Debatte einzubringen;

Or. en

Änderungsantrag von Salvador Garriga Polledo, Ingeborg Gräßle und Jan Mulder

Änderungsantrag 21

Ziffer 20 a (neu)

- 20a. ***macht auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam, auf einer geeigneten politischen Ebene nationale Erklärungen einzuführen, die sämtliche Gemeinschaftsmittel abdecken, welche unter die Regelung für die geteilte Verwaltung fallen, wie dies in Nummer 44 der IV für 2007-2013 verfügt und vom Parlament in seinen Entlastungsentschließungen für 2003, 2004 und 2005 vorgeschlagen wurde;***

Or. en

Änderungsantrag von Salvador Garriga Polledo, Ingeborg Gräßle und Jan Mulder

Änderungsantrag 22

Ziffer 20 b (neu)

- 20b. ***erinnert daran, dass das Parlament in seiner am 24. April 2007 angenommenen Entlastungsentschließung für 2005 (P6\_TA(2007)0095) angeregt hat, dass jeder Mitgliedstaat in der Lage sein muss, die Verantwortung für die Bewirtschaftung der erhaltenen EU-Mittel zu übernehmen, entweder über eine einzige nationale***

*Verwaltungserklärung oder in Form mehrerer Erklärungen innerhalb eines nationalen Rahmens, und hält es deshalb nicht für vertretbar, dass ein Mitgliedstaat nationale Erklärungen unter Hinweis auf seine territoriale organisatorische Struktur ablehnt.*

Or. en